

BASLER

FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.
**Augmented
Reality**

 So wird Ihr «Freisinn» lebendig!
 Anleitung auf Seite 13

X

Gemeinsam statt gegeneinander

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell. Das ist nicht selbstverständlich, weil immer mehr Akteure gegeneinander anstatt miteinander kämpfen. Am Anfang des Erfolgs stehen ambitionierte Menschen, die etwas wagen und ihrer Arbeit mit Elan nachgehen. Unsere Heimat braucht wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Unternehmertum ermöglichen, nicht verhindern. Nur so können wir alle gemeinsam die drängenden Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich anpacken.

Seiten 15 bis 19

Neumitglieder-Porträt

Viele Menschen haben sich in der letzten Zeit entschlossen, FDP.Die Liberalen beizutreten. In einer Serie bringen wir Ihnen einige dieser Menschen näher und wollen von ihnen wissen, was sie dazu bewegt hat.

Seite 20

Reportage vom Haustürwahlkampf

Es wurde viel geschrieben über den Haustürwahlkampf der FDP. Doch wie ist es, selber von Tür zu Tür zu gehen? Wie kommt das bei den Menschen an? Kantonsrätin Astrid Furrer teilt ihre Erfahrungen und gibt wichtige Tipps.

Seite 21


Für Freiheit kämpfen
Heute und vor 125 Jahren

«Für Freiheit kämpfen», so lautet der Titel des Buches, welches diesen Herbst zum 125-jährigen Bestehen der FDP Basel-Stadt erscheinen wird. Der Titel ist damals wie heute Programm. Doch während der Freisinn in der Gründerzeit die freiheitlichen Bürgerrechte gegen die konservativen Ratsherren erringen musste, ist der Freiheitskampf heute subtiler.

Die Fantasie derjenigen, die unsere Freiheit einschränken wollen, ist nahezu unbegrenzt. Ausgehend von einem vermeintlichen Idealbild der Ge-

sellschaft soll uns vorgeschrieben werden, wie wir wohnen, was wir essen, wie wir unterwegs sind und noch mehr. Staatliche Rundumversorgung. Dem stellen sich Freisinnige mit Entschiedenheit entgegen und wehren sich für die Freiheit des Individuums. Diese Freiheit ist unzertrennlich verbunden mit Verantwortung. Nur wer Verantwortung für sein Handeln übernimmt, handelt wirklich liberal.

Am 20. Oktober 2019 haben Sie die Möglichkeit, mit Ihrem Wahlzettel einen kleinen aber wichtigen Beitrag zum Freiheitskampf zu leisten.

Inhalt

- 3 Topverdienersteuer
- 4 Auszug aus dem Parteiprogramm der FDP Basel-Stadt
- 6 Leistungsausweis Umweltpolitik
- 7 Liberale Klimapolitik
- 8 Forschung und Europa
- 9 E-Voting
- 10 Portrait Nadine Gautschi
- 11 Jungfreisinnige
- 12 Jubiläumsfest und Parolen
- 13 Digitaler Wahlkampf der FDP
- 14 Petra Gössi zu den Wahlen 2019
- 15 Hans Hess zum Rahmenabkommen
- 16 Gemeinsam das Unternehmertum stärken
- 17 Ja zu gleich langen Spiessen für KMU
- 18 Home Office / Arbeitsmarkt 2.0
- 19 Nachhaltiges Unternehmertum
- 20 Neumitglieder
- 21 Reportage vom Haustürwahlkampf
- 22 Leserbriefe
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonaleil:

FDP.Die Liberalen Basel-Stadt | 4000 Basel
T: 061 313 50 40 | E: info@fdp-bs.ch | www.fdp-bs.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



Gemeinsam lösen wir die Probleme unserer Zeit

Gemeinsam kommen wir weiter!

Liebe Freisinnige

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell, weil die Menschen in der Schweiz seit jeher Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernommen haben. Ein Beispiel dafür sind die vielen Unternehmerinnen und Unternehmer in der Schweiz. Dank ihrem Mut, in Forschung und Entwicklung zu investieren, garantieren sie den Menschen in unserem Land Arbeitsplätze, Wohlstand und Fortschritt.

Unsere Unternehmen sind es auch, die mit ihren Innovationen einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir die Herausforderungen der Zukunft, beispielsweise in der Umweltpolitik, anpacken können. Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe zwei Freisinnige vor, die sich mit ihren Unternehmen an vorderster Front engagieren. Sie sind der beste Beweis, dass Umweltpolitik Wirtschaftspolitik ist!

Miteinander statt gegeneinander

Um aber überhaupt in die Forschung investieren zu können, braucht die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen. Das Interview mit Hans Hess zum Rahmenabkommen zeigt das auf. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass die Wirtschaft ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gegenzug gute und moderne Arbeitsbedingungen ermöglichen muss – etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mehr dazu erfahren Sie von Thierry Burkart und Philippe Nantermod.

Anstatt die Wirtschaft und die Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, wie dies die sozialis-

tischen Kräfte in unserem Land mit ihrer Verbots politik versuchen, müssen wir alle gemeinsam Verantwortung übernehmen. Damit wir das Erfolgsmodell Schweiz in die Zukunft tragen können, braucht es ein Miteinander der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Denn nur wenn wir die Probleme unserer Zeit gemeinsam lösen, kommen wir weiter.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!

Liberale Grüsse

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

PS: Die FDP hat Lust auf Fortschritt – Lust auf Digitalisierung! Wir haben deshalb den «Freisinn» digital erweitert: Mit «**Augmented Reality**» verbinden wir ab sofort Gedrucktes mit Digitalem, um Sie noch besser informieren zu können. Probieren Sie es aus: Laden Sie die Gratis-App «**XTEND**» auf Ihr Smartphone, öffnen Sie die App, und richten Sie die Kamera für einige Sekunden auf die mit dem «X»-Symbol versehenen Bilder im «Freisinn» – auch auf dieser Seite! Sie werden staunen.

Initiative «Topverdienersteuer» – oder 99:1

Abstimmung 19. Mai 2019

Die kantonale Initiative der jungen Sozialisten zur stärkeren Belastung der «Topverdiener» wirft interessante Fragen auf. Es ist das gute Recht der Jungparteien, mit Radikalem die Routine der Älteren im Politbetrieb zu unterbrechen. Dazu gehört auch die Entdeckung alter Rezepte, auch wenn sie noch nie funktioniert haben.

Die Idee einer Reichensteuer ist offenbar ewig verführerisch, gerade für Jungpolitiker aus zumeist privilegierten Verhältnissen. Und dies erst recht im saturierten Basel mit seiner ausgebauten Verwaltung, dem fortschrittlichen Sozialwesen und den relativ höchsten Kulturausgaben des ganzen Landes. Die hohen Steuereinnahmen aus Wirtschaft und Bevölkerung sorgen regelmässig für schwarze Zahlen (2018: Überschuss 280 Mio.). Die niedrigen Einkommen sind bereits derart entlastet, dass ein Viertel der Pflichtigen gar keine Steuern mehr zahlt, umso höher ist die Belastung der mittleren und hohen Einkommen.

Es bleibt vorerst das Geheimnis der Juso, weshalb sie in dieser Situation die hohen Einkommen noch stärker belasten wollen. Sie schreiben von einem «enorm unfairen Steuersystem», von privilegierten Grossverdienern gegenüber «normal Verdienenden» und von harten Sparmassnahmen in Bildung, Sozialem und Kultur. Wie alle wissen, sind das in Basel-Stadt die grössten Ausgabeposten, stets wachsend, mit Gross-Investitionen für neue Museen und Bildungsstätten in der Pipeline.

Die Feststellung, dass von der «Topverdienersteuer» nur 1 Prozent betroffen wären, ist in der Begründung der Initianten mit einem Ausrufezeichen akzentuiert. Dieser Hundertstel mit mehr als 200 000 Einkommen müsste neu 28 statt 26 Prozent abgeben, ab 300 000 29 Prozent.

Der spezielle Hinweis auf die kleine Minderheit der Betroffenen hinterlässt bei Geschichtskundigen ein Schaudern. Ist die Zugehörigkeit zu einer Mehr- oder Minderheit (wieder) ein Argument? Werden (alte) Ressentiments bedient? Und weshalb wollen die jungen Sozialisten in diesen guten Zeiten nicht die «normal Verdienenden» entlasten, sondern die Einkommen ihrer Regierungsrätinnen, Eltern sowie von Forscherinnen und Ärzten zusätzlich angehen?

Ein Blick in die Fakten zeigt den tatsächlichen Handlungsbedarf. In der heutigen Lebensrealität sind die meisten Menschen örtlich flexibel, erst recht in unserer Region mit den vielen internationalen Fachkräften. Eine Regelung in Basel muss also verträglich sein mit den Steuerverhältnissen in Pendeldistanz. Vergleichen wir also Basel mit dem mondänen Zürich und beschaulichen Rheinfelden:

Der untere Mittelstand mit Einkommen von 70 000 bezahlt in Basel 11 000 Steuern (inkl. Bund), 3000 mehr als in Zürich oder 2000 mehr als in Rheinfelden, zusammen mit den höheren Krankenkassenprämien steigt die Differenz auf rund 4000.

Thomas Kessler

1959, verwitwet, 1 erwachsener Sohn
Agronom
Projektentwickler, Consultant, Dozent

**«Zukunft Schweiz:
weltoffen, progressiv, intakt.»**

- Publizistischer Beirat CH Media
- Beirat Fondation CH2048
- Mitglied Forum Futur

www.thomas-kessler.ch

Bei 300 000 würde sich mit der Initiative die Steuerlast von heute 90 000 auf 100 000 erhöhen und Basel 11 500 teurer als Zürich oder 18 000 als Rheinfelden; inkl. der Krankenkassenprämien stiege die Differenz auf über 13 000 bis 20 000 – in 12 bzw. 53 Minuten Fahrdistanz.



Thomas Kessler

Da es weder sozial noch nachhaltig ist, die Vielzahler zu vertreiben oder abzuhalten, sei den Initianten eine gerechtere Idee empfohlen. Nämlich die «Normalen» – den Chauffeur, die junge Architektin, den Magaziner, die Polizistin, den BVB-Mechaniker, die Floristin und den Gastronomen – auf das Niveau von Zürich zu entlasten und ihnen so 3000 mehr am Einkommen zu lassen. Sie werden gerne selber bestimmen, ob sie das Geld für Bildung, Freizeit oder Kultur ausgeben wollen.

Anzeige



Schweizer Söhne

Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Für einen offenen, fortschrittlichen und freiheitlichen Kanton

Auszug aus dem Parteiprogramm

Mit ihrem neuen Parteiprogramm gibt die FDP eine Antwort darauf, wie mit einer liberalen Politik den Herausforderungen in einem städtischen Umfeld begegnet werden kann. Das Parteiprogramm behandelt 14 zentrale politische Themenfelder mit entsprechenden Zielen und Forderungen. Dazu gehören unter anderem die Forderung nach einem Digitalen Leitbild, die Sterbehilfe, die Drogenlegalisierung sowie eine Gesamtstrategie für die Transformationsgebiete.

Unsere Werte: Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt

Grundlage der Schweizer Erfolgsgeschichte sind die freisinnigen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Freiheit bedeutet, dass wir unser Leben selbstbestimmt leben können. Freiheit ist aber nicht grenzenlos und verlangt Verantwortung. Gemeinsinn hält die Schweiz zusammen, denn er verbindet Kulturen, Sprachen und Regionen. Mit freiwilligem Engagement in Familie, Nachbarschaft, Verein und Politik stärken wir unsere Gemeinschaft. Fortschritt sichert langfristig Arbeitsplätze und ist daher der Schlüssel zum Wohlstand von morgen. Wettbewerb, Innovation und technischer Fortschritt, nicht Verbote, bringen uns weiter.

Bildung

Bildung ist der Schlüssel dazu, dass wir unser Potenzial optimal entfalten und einbringen können. Gut gebildete Menschen begünstigen die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Schweiz.

Vielfalt und Wahlfreiheit im Bildungssystem: Wir sind der Überzeugung, dass Wahlfreiheit und der daraus resultierende Wettbewerb die Entfaltungsmöglichkeiten und die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Das gilt auch für den Bildungsbereich. Es braucht dazu geeignete Rahmenbedingungen, die zum Beispiel die Wahl von Schulen und Universitäten unabhängig vom elterlichen Einkommen ermöglichen, mit neuen Modellen wie Bildungsgutscheinen auch Privatschulen

berücksichtigen und die Durchlässigkeit über alle Stufen gewährleisten.

Individuelle Betreuung: Um die optimale Förderung der Schülerinnen und Schüler und einen möglichst störungsfreien Unterricht gewährleisten zu können, sind Formate für die individuelle Betreuung notwendig. Zugleich müssen auch starke Schüler ausreichend gefördert werden.



Bürokratischen Aufwand minimieren: Der bürokratische Aufwand für die Lehrpersonen sowie im gesamten Schulbereich muss reduziert werden, damit mehr Zeit für das Wesentliche – die Arbeit mit den Kindern – bleibt.

Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir zusammenarbeiten und uns austauschen, und sie befördert die Entwicklung von neuen Produkten und Dienstleistungen. Durch die räumliche Dichte und die hohe Anzahl an gut ausgebildeten



Einwohnerinnen und Einwohnern hat Basel gute Voraussetzungen, sie erfolgreich nutzen zu können.

Datenschutz und Selbstbestimmung: Sicherheit und Schutz von persönlichen Daten wie auch die grösstmögliche Selbstbestimmung der Einwohnerinnen und Einwohner beim Umgang mit ihren Daten haben für uns höchste Priorität.

Optimale Rahmenbedingungen schaffen: Wir setzen uns konsequent dafür ein, in Basel optimale Rahmenbedingungen bei der Infrastruktur, im eGovernment und der Bildung zu schaffen. Damit die Chancen der Digitalisierung optimal genutzt werden können und ein investitionsfreundliches Klima entsteht. Basel kann und soll hier, in enger Zusammenarbeit mit Privaten, eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die ältere Arbeitsbevölkerung nicht vergessen: Durch die Digitalisierung und die Veränderung von Tätigkeitsprofilen besteht die Gefahr, dass die ältere Arbeitsbevölkerung stärker unter Druck kommt. Es ist darauf zu achten, dass ältere Arbeitskräfte im Arbeitsmarkt bleiben, damit ihre Kompetenzen und Erfahrungen genutzt werden können.

Wirtschaft

Um den Wirtschaftsstandort Basel erfolgreich in die Zukunft zu führen, müssen wir uns aktuellen Herausforderungen stellen und künftige Entwicklungen antizipieren. Aktuelle Herausforderungen sind zum Beispiel die Verfügbarkeit von Wirtschaftsflächen, das Währungsumfeld, der Online-Handel, die Zunahme an Vorschriften und Regeln sowie die Verschlechterung der Erreichbarkeit des



Zentrums durch Stau auf den Zufahrtsstrassen. Weitere Herausforderungen sehen wir in der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den primären Arbeitsmarkt, die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften für die digitale Zukunft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer sowie darin, steuerlich wettbewerbsfähig zu bleiben.

Innovation statt Subvention: Basel-Stadt soll ein attraktives Umfeld für Innovation und Start-ups sein. Schaffen wir in Basel noch bessere Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation.

Steuern und Abgaben: Der internationale und kantonale Steuerwettbewerb nimmt zu. Basel darf den Anschluss nicht verlieren: Die Abgaben sollen sich im unteren Drittel der Kantone bewegen.

Sorge tragen zu den KMU: Es muss sichergestellt werden, dass für KMUs genügend Wirtschaftsflächen verfügbar sind.

Mobilität

Das Bedürfnis nach Mobilität ist ein wesentliches Kennzeichen unserer Zeit. Mobilität integriert, verbindet und ermöglicht Fortschritt. Eine gute Vernetzung und einfache Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln stärkt zudem den Standort.



Zukunftsgerichtete Konzepte prüfen: Wir unterstützen zukunftsgerichtete Konzepte, die dazu beitragen, Kapazitätsengpässe während der Rush-hour und Parkplatzknappheit zu beheben. Dazu gehören neue Arbeitsmodelle, Plattformen für Mitfahrgelegenheit oder Parkplatz-Sharing. Wobei wir auch hier auf private Lösungen setzen. Auch Kon-

zepte für Mobility Pricing sollen näher geprüft werden, sie müssen aber für den Staat einkommensneutral ausgestaltet werden und alle Verkehrsträger berücksichtigen.

Staat, Finanzen und Steuern

Die Gründung unseres Bundesstaats entsprang einem liberalen Geist. Deshalb sehen wir uns ihm gegenüber in einer besonderen Verantwortung. Wir stehen für einen starken, aber schlanken Staat. Einen Staat, der die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger schützt. Einen Staat, der stabile und attraktive Rahmenbedingungen für eine prosperierende Wirtschaft und die Lebensqualität aller Einwohner und Einwohnerinnen schafft. Gleichzeitig fordern wir einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, private Initiativen nicht konkurrenziert und seine Bürger nicht bevormundet.



Um seine Ausgaben zu decken, ist der Staat insbesondere auf Steuereinnahmen angewiesen. Die Belastung durch Steuern und Abgaben soll sich jedoch auf das Notwendige beschränken.

Generelle Aufgabenüberprüfung: Einmal pro Legislatur ist eine Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) durchzuführen, kombiniert mit einem Benchmark mit anderen Gemeinwesen. Ziel ist es, auf Aufgaben zu verzichten, die nicht mehr notwendig sind oder von Privaten übernommen werden können und damit die Staatsquote nachhaltig zu senken. Die Anzahl der Verwaltungsstellen soll zudem höchstens im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum steigen.

Reduktion der Departemente: Die Regierung soll ihre Aufgaben künftig in fünf statt sieben Departementen bündeln.

Wohnen

Wohnpolitik braucht Weitsicht und eine gesamtheitliche Planung statt Aktivismus. Dabei entsteht neuer Wohnraum vor allem dann, wenn Prozesse und Bewilligungen vereinfacht werden, nicht wenn er staatlich verordnet wird.

Neue Flächen erschliessen: Die Möglichkeiten des Kantons zur Erschliessung von neuen Flächen



sind begrenzt. Wir unterstützen Projekte, mit denen z. B. durch eine Überdachung der Autobahn oder der Eisenbahn mehr Platz geschaffen werden kann. Die zahlreichen Transformationsareale sind zudem in ihrer Gesamtheit koordiniert und rasch zu entwickeln. Zudem sind die gesetzlichen Regelungen so anzupassen, dass höher und mehr (Wohnraumquote) gebaut werden kann.

Wertschätzung gegenüber Grundeigentümern: Hauseigentümer schaffen Wohnraum und bekennen sich langfristig zum Standort der Liegenschaft. Ihnen ist daher mit Wertschätzung zu begegnen und nicht mit zunehmenden regulatorischen Einschränkungen und Abgaben.

Daniel Seiler
Vizepräsident FDP Basel-Stadt

Das ganze Parteiprogramm kann auf www.fdp-bs.ch heruntergeladen werden.



Wir brauchen Ihre Unterstützung

Für den Wahlerfolg braucht es neben tragfähigen Ideen und guten Konzepten auch Ressourcen: Zeit, Wissen, Geld und vor allem Personal. Mit Blick auf die heisse Phase des Wahlkampfes und die notwendige Mobilisierung von FDP-Wählern im Herbst suchen wir noch Unterstützerinnen und Helfer in unterschiedlichen Bereichen. Wenn Sie unseren Wahlkampf unterstützen wollen, dann melden Sie sich bitte bei mir oder unter info@fdp-bs.ch.

Patrick Flad, Wahlkampfleiter
www.fdp-bs.ch/teamFDP

Der Leistungsausweis der Basler FDP

Umweltpolitik

Manchmal überrollen politische Themen die Politik. So geschehen mit den Klimademonstrationen, welche das Thema Umweltschutz ganz weit oben auf die politische Agenda katapultiert haben. Eine gute Gelegenheit, um Bilanz darüber zu ziehen, was die FDP Basel-Stadt bisher bei diesem Thema schon geleistet hat.

Die «Rigi-Thesen» von 1981

Paul Wyss, FDP-Nationalrat von 1977 bis 1994, verantwortete als Präsident einer Programmkommission 1981 die sogenannten «Rigi-Thesen». Darin wird ausgeführt: «Eine freiheitliche Ordnung und die liberale Marktwirtschaft können nur Bestand haben, wenn sie nicht im Widerspruch zur lebensnotwendigen Entwicklung der gesamten Ge-

sellschaft stehen. Ziel einer liberalen Umweltpolitik ist es, die Ressourcen zu schonen, die nicht erneuerbaren möglichst sparsam zu verwenden und die erneuerbaren in ihrer Ertragsfähigkeit zu erhalten.» Zwei Jahre später verabschiedete das eidgenössische Parlament das erste Umweltschutzgesetz. Als Direktor der Basler Handelskammer schuf Paul Wyss den Politikbereich «Umwelt und Energie», in dem die Wirtschaft sich fortan mit der Entwicklung einer Industrie-Umweltpolitik befasste.

Umweltpolitik im Nationalrat ...

Auch seine Nachfolger widmeten ihre Aufmerksamkeit der Umweltpolitik. So forderte Johannes Randegger (1995–2006) beispielsweise eine verstärkte Lenkungswirkung der CO₂-Abgabe. Urs Schweizer wollte 2006 eine stärkere Förderung der Wärmepumpenforschung erreichen. Der viel zu früh verstorbene Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt, Peter Malama (2007–2012), engagierte sich sowohl in seinem Verband als auch als Nationalrat stark für Nachhaltigkeit.

... und im Grossen Rat

2008 publizierte die FDP ein Umweltpapier und reichte ein Paket mit Vorstössen im Grossen Rat ein. FDP-Grossräte haben die Umwelt-Debatten immer wieder mitgeprägt. So forderte Peter Malama die Förderung energieeffizienter Investitionen, einen Bonus für Energiespar-Anstrengungen im Gebäudebereich oder fiskalische Anreize für energetische Altbausanierungen. Christine Locher-Hoch forderte erfolgreich einen Aktionsplan Bio-

masse, oder Helmut Hersberger wollte Investitionen für Energieeinsparungen bei Basler Staatsliegenschaften. Die Mobilitätswoche ist auf einen Vorstoss von Christian Egeler zurückzuführen.



Luca Urgese

Energiegesetz mit freisinniger Handschrift

Das Basler Energiegesetz, welches wohl das schärfste der Schweiz sein dürfte, enthält einige freisinnige Elemente. So wurde aufgrund eines Vorstosses von Urs Schweizer eine Regelung eingeführt, wonach Bauherrschaften belohnt werden, die freiwillig über die gesetzlichen Anforderungen beim Wärmeschutz hinausgehen. Und eine Motion von Peter Malama führte zur besseren Förderung von Energiespar-Anstrengungen im Gebäudebereich. An der aktuellen Fassung des Energiegesetzes hat Andreas Zappalà intensiv mitgearbeitet. Ein Vorstoss von Mark Eichner aus dem Jahr 2015 führte zudem dazu, dass ein Richtplan Energie darin aufgenommen wurde.

Innovation statt Umverteilung

Wir sind davon überzeugt, dass die Basler FDP den politischen Vergleich mit der Konkurrenz nicht zu scheuen braucht. Für uns sind Innovation und der technologische Fortschritt entscheidende Faktoren, um die Klima-Herausforderungen unserer Zeit anzupacken. Wer hingegen nur vom Status quo ausgeht und das Thema missbrauchen will, um durch die Hintertür mehr Umverteilung zu erreichen, kann nicht auf unsere Unterstützung zählen.

Luca Urgese

1986, ledig

Jurist

Leiter Finanzen und Steuern,
Handelskammer beider Basel

**«Für eine starke, vernetzte
und optimistische Schweiz.»**

– Grossrat seit 2014

– Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt seit 2016

– Vorstand FDP Grossbasel-West seit 2010

www.lucaurgese.ch

Anzeige



seit 1921

www.sanerreisen.ch

info@sanerreisen.ch

Tel. 061 312 55 55



So geht Klimapolitik

Klimadebatte

Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern. Aus meiner – liberalen – Warte ist es angezeigt, einen Weg zu beschreiten, der die Bevölkerung mitnimmt, ihrer Lebenswirklichkeit gerecht wird und Chancen eröffnet. Nur in Kombination von Ökologie und Ökonomie kann eine solche Umgestaltung Rückhalt in der Bevölkerung finden und gelingen.

Die Klimaveränderungen weisen im Vergleich zu vergangenen Epochen in ihrer Geschwindigkeit eine neue Qualität auf.

Mit dem Pariser Abkommen von 2015 hat die Staatengemeinschaft darauf reagiert. Der Schweizer Freisinn bekennt sich ausdrücklich zum Ziel, die Erderwärmung auf maximal 2 zu begrenzen. Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstosses sind verbindlich.

Anreize müssen stimmen

Ziel muss es sein, Wirtschaftswachstum vom CO₂-Ausstoss zu entkoppeln und mit innovativen Technologien auch den Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern Chancen zu eröffnen, auf klimafreundliche Weise nach verbesserten Lebensumständen zu streben.

Anstatt sich mit pessimistischen, fortschrittsfeindlichen Erzählungen oder symbolischen Debatten über Verbote oder marginal wirksamen Lenkungssteuern aufzuhalten, muss die Politik für ein Umfeld und Anreize sorgen, welche es unseren Unternehmen möglich macht, klimafreundliche

Technologien zu entwickeln und in alle Welt zu exportieren.

Möchten wir in der Schweiz nicht bloss Symbolpolitik betreiben, müssen wir unsere angestrebten Massnahmen in eine international ausgerichtete Klimaschutzstrategie einbetten.

Die Instrumente dazu

Emissionshandel: Die Politik und Wissenschaft sind sich einig: Möchte man Klimaschutz betreiben, dann müssen die Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre insgesamt verringert werden. Deshalb funktioniert der Emissionshandel als zentrales Leitinstrument in der Klimapolitik. Emissionshandel darf nicht Selbstzweck sein – er muss zur Reduktion der Treibhausgase führen. Genau aus diesem Grund dürfen die Erlöse aus dem Zertifikatshandel nicht als staatliche Einnahmequellen dienen, sie müssen zweckgebunden in klimapolitische Massnahmen fliessen.

Neutralität in Bezug auf neue Technologien: Keine Denkverbote. Weder ich noch der Freisinn, geschweige denn die Wissenschaft können die

technologischen Entwicklungen der nächsten 20 Jahre voraussehen. Legen wir uns jetzt auf eine Technologie fest, laufen wir Gefahr, andere, möglicherweise bessere Innovationen zu blockieren. Neue Technologien entstehen durch Wettbewerb.

Neue Wege im Umgang mit CO₂: Beispiele dazu sind: Potenziale der CO₂-Speicherung nutzen; CO₂ als Rohstoff nutzen; Wälder und Moore weltweit als CO₂-Senker nutzen.

Diese recht technischen Anschauungsweisen kommen nicht immer in der Bevölkerung an, besonders wenn die Medienwelt auf der Klaviatur der Emotionen spielt. Nur, wie sollen wir uns zu den Klimastreiks und Klimademos äussern? Was ist möglich, ohne sich auf internationale Abkommen oder auf Technologien der Zukunft zu beziehen?

Antworten müssen gefunden werden

Mein Standpunkt dazu ist klar. Ich finde es lobenswert, dass sich die jungen Menschen zur Umwelt und zu ihrer Zukunft Gedanken machen und bereit sind, sich für ihre Anliegen einzusetzen, doch während der Schulzeit zu demonstrieren, macht das Engagement nicht wertvoller.

Was die Emotionen in der Bevölkerung, den Medien und der Politik betrifft: Wir dürfen uns nicht bloss von unserem Bauch leiten lassen. Schon jetzt greift die Politik tief in die technologische Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen ein. Sie verrennt sich in Detailsteuerung durch Subventionen, Quoten und Verbote. Das Ergebnis sind steigende Kosten für Klimaschutz. Die Emissionen sinken kaum, während die Kosten zur CO₂-Verminderung zu den höchsten der Welt zählen.

Es gilt, dies der Bevölkerung aufzuzeigen, konstruktiv am Vorgeben eines Rahmens zu arbeiten, in welchem Wissenschaftler Lösungen finden können und nicht die Nerven zu verlieren.

Nadine Gautschi

Vize-Präsidentin FDP.Die Liberalen Basel

Publireportage

FDP-Mitglieder stellen sich vor

Seit 2015 ist Beat Braun FDP-Grossrat der Stadt Basel

In der Funktion als Generalagent der Basler Versicherungen leitet er das Vertriebsgeschäft der Region Basel und ist strategisch für das Marktgebiet zuständig. Die Basler Versicherungen und die Baloise Bank SoBa agieren gemeinsam als fokussierter Finanzdienstleister, eine Kombination von Versicherung und Bank. Die Basler Versicherung steht für Sicherheit, Einfachheit und Partnerschaft.

Wir freuen uns, wenn Sie Unternehmen der FDP-Mitglieder unterstützen.

Beat Braun, Basler Versicherung AG, Tel. 058 285 67 56, www.basler.ch



Basler
Versicherungen

Schweizer Forschung ohne Europa – undenkbar

Europapolitik

Die Zusammenarbeit mit Partnern in Europa und die internationale Vernetzung ist für die Beibehaltung der weltweit höchsten Wettbewerbsfähigkeit des Wissens-, Forschungs- und Innovationsplatzes Schweiz von zentraler Bedeutung und auch für die Schweizer Gesamtwirtschaft, ebenfalls eine der wettbewerbsfähigsten der Welt, essentiell. Die erfolgreiche und funktionierende Kooperation mit Partnern aus ganz Europa muss darum unbedingt beibehalten werden. Das bedeutet auch, dass die Schweizer und die EU im gegenseitigen Interesse alle offenen Fragen um das institutionelle Rahmenabkommen klären müssen, damit ein Abschluss dieses Abkommens bald möglich ist.

Denn die Schweiz weist heute zwar die höchste Anzahl Patente pro Einwohner weltweit aus. Jedes fünfte Patent in der Schweiz kommt aus der Region Basel, welche somit zu den innovativsten Standorten weltweit gehört. Doch diese Erfolge sind nur möglich, weil die Schweiz für Forschende attraktive Rahmenbedingungen bietet, sich durch Offenheit auszeichnet und international bestens vernetzt ist. Wesentliche Erfolgsfaktoren, insbesondere für Basel, sind dabei die europäische Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und die Personenfreizügigkeit, welche Schweizer Bildungs- und Forschungsstätten sowie

den Unternehmen im internationalen Wettbewerb den Zugang zu hochqualifizierten Mitarbeitenden und den besten Talenten ermöglicht.

Diese Rahmenbedingungen erhielten mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative der SVP im Februar 2014 einen herben Dämpfer: Die Schweiz wurde vorübergehend gänzlich von Horizon 2020, dem gesamteuropäischen Forschungsprogramm, ausgeschlossen; ab September 2014 bis Ende 2016 konnte die Schweiz nur an bestimmten Programmelementen teilnehmen. In einer Zwischenbilanz des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sind die Folgen davon ausgewiesen: Die Schweizer Beteiligungen an Horizon 2020 nahmen gegenüber dem siebten Rahmenprogramm um rund ein Drittel ab, ebenso der Anteil der Schweizer Projektkoordinationen. Die verpflichteten Beiträge in die Schweiz gingen ebenfalls um fast 20 Prozent zurück. Seit der erneuten Vollasoziiierung der Schweiz an Horizon 2020 im Januar 2017 erholen sich diese Zahlen nun langsam wieder. Seit 2017 können zudem auch kleine und mittlere Unternehmen der Schweiz bedeutende Fördermittel im Rahmen von Horizon 2020 erhalten, was gerade für die Region Basel mit den vielen Start-ups in der Life Science und Tech-Branche von Bedeutung ist.

Nun streben die Schweizer Hochschulen und Forschungsstätten an, ab 2021 wieder vollumfänglich an den Europäischen Bildungs- (Erasmus+) und Forschungsprogrammen (Horizon) teilnehmen zu können. Allerdings werden die Bedingungen für eine Assoziierung der Schweiz erst in der zweiten Hälfte 2019 festgelegt. Die nachfolgenden Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz werden also im Laufe des Jahres 2020 abgeschlossen werden. Auch wenn die Bildungs- und Forschungszusammenarbeit nicht Bestandteil des institutionellen Rahmenabkommens ist und die Bildungs- und Forschungsstätten von den strittigen Punkten (Unionsbürgerrichtlinie, flankierende Massnahmen beim Lohnschutz, Schiedsgericht) nicht direkt betroffen sind, ist bei einem Scheitern des institutionellen Rahmenabkommens eine negative Beeinflussung dieser Verhandlungen sehr wahrscheinlich. Bei der Anerkennung der Börsenäquivalenz

durch die EU zeigt sich gut, dass diese durchaus geneigt ist, auch in sachfremden Bereichen Druck aufzubauen.

Wollen wir den Wissens-, Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz und den wichtigsten Standortvorteil unserer Region nicht zum Spielball von Machtpolitik machen, wollen wir eine ganze Gene-



Christian Egeler

ration von Studierenden, Forschenden und eine Vielzahl von Unternehmen nicht Jahren von Ungewissheit aussetzen, müssen wir dafür einstehen, dass die unverantwortliche Politik von links und rechts nicht dazu führt. Wir müssen uns ihr entgegenstellen und dafür sorgen, dass wir bei dem institutionellen Rahmenabkommen zu einem baldigen Abschluss kommen und eine vollumfängliche Teilnahme an den europäischen Bildungs- und Forschungsprogrammen auch in Zukunft ohne Vorbehalt möglich ist, für die Schweiz und für die Region.

Christian Egeler

1970, verheiratet, vier Kinder (8, 11, 14, 16)
dipl. Bau-Ing. ETH
Verkehrsplaner, Sektionschef Bundesamt für Raumentwicklung

«Smart vorwärtskommen und Chancen nutzen.»

- Bürgergemeinderat seit 2017
- Präsident Förder- und Alumniverein Europainstitut Basel
- Grossrat (2004–2016) und Grossratspräsident (2014)

www.egeler.ch

E-Voting ist nichts für Angsthasen

Digitalisierung

Die Schweiz könnte globale Innovationsführerin in Sachen E-Voting und E-Electing sein. Die Schweiz hätte sogar das Potenzial, die gesamte digitale Welt zu revolutionieren. Doch statt digitale Kompetenzen in den Parlamenten aufzubauen, rufen die Volksvertreter nach «Sicherheit vor Tempo» – und demolieren damit die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

Wahlen beispielsweise in Indien 2025: 1 Milliarde Stimmberechtigte wählen ihr Parlament, elektronisch. Die Software dafür stammt aus der Schweiz. Die Server stehen in der Schweiz. Das Wahlarchiv steht in der Schweiz.

Und dies, weil die Schweiz dafür die digitale Spitzentechnologie und die Erfahrung besitzt, weil in unserem Land auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik hochspezialisiert geforscht und entwickelt wird, weil die Schweiz Rechtssicherheit und politische Stabilität bietet, weil wir unabhängig sind und neutral, weil in der Schweiz auch die Wahlbeobachter sitzen. Und weil die Schweiz die grösstmögliche positive Reputation punkto modernen Datenschutz und punkto Datensicherheit geniesst.

Zukunftsträumerei?

Die Schweiz könnte globale Innovationsführerin in E-Voting und E-Electing sein. Weil es uns einst

Dominique Martin

1980, ledig

Informatikerin und Diplomingenieurin
Teamleiterin Mobile Applikation bei Valora

«Silicon Valley war gestern. Die Zukunft gehört der digitalen Schweiz.»

- Vorstandsmitglied FDP.Die Liberalen Basel-Stadt, Leiterin Finanzen seit 2017
- Vorstandsmitglied FDP.Die Liberalen Grossbasel-Ost seit 2017
- Vorstandsmitglied FDP Frauen Basel-Stadt seit 2016

www.dominiquefuerbasel.ch

tatsächlich gelang, aus einer Utopie eine bis heute funktionierende direkte Demokratie zu schaffen. Doch in der Schweiz steckt noch viel mehr:

Unser Land hat das Potenzial, die digitale Welt zu revolutionieren. Nicht nur auf dem Gebiet des E-Governments. Es geht genauso um digitale Spitzentechnologie für die Life-Sciences- und Maschinenindustrie, oder beispielsweise für die Finanzindustrie, für die Logistik, die Energiewirtschaft, oder – und – für freie Informationsbeschaffung. Die Schweiz hat das Potenzial, die gesamte digitale Welt zu revolutionieren und von der US-amerikanischen Dominanz und Kontrolle zu befreien. Die Digitalisierung bietet der Schweiz die grösste Chance ihrer Geschichte, in der Digitalisierung steckt die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

Und jetzt zieht der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt mit 48 zu 37 Stimmen die E-Voting-Notbremse. Das war notwendig und richtig, ja: Entdeckt wurde bei der Post ein weiterer, kritischer Fehler im Quellcode der spanischen Software.

Doch so geht das nicht!

Das ganze Projekt, das Flaggschiff des E-Governments sozusagen, war von Anfang an schief auf Kiel gelegt, das digitale Flaggschiff bereits bei seinem Bau im Bundeshaus vor zehn Jahren dem Untergang geweiht. Das Projektmanagement ist desaströs.

Die Politik fordert wortwörtlich «Sicherheit vor Tempo». Eine mehr als fragwürdige Forderung, gerade wenn sie von Parlamentarierinnen und Parlamentariern gestellt wird, die zur Bedienung ihrer Smartphones die Unterstützung ihrer Enkel brauchen.

Wie wäre es mit der Forderung: «Sicherheit mit Tempo»? Doch wir haben Parlamente, gut besetzt mit Skeptikern und Angsthasen.

Was wir brauchen: digitale Kompetenzen in unseren Parlamenten. In Bern – und genauso in Basel. Und zwar jetzt.

Die Digitalisierung bietet der Schweiz die grösste Chance ihrer Geschichte, in der Digitalisierung steckt die Zukunft unseres Landes. Lasst uns endlich die Voraussetzungen schaffen, damit die



Dominique Martin

Schweiz globale Innovationsführerin werden und die digitale Welt revolutionieren kann. Wir brauchen einen Wechsel der Denkmuster, sofort, denn es geht um die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, sonst kehren wir zur Landsgemeinde zurück und die In-der wählen ihr zukünftiges Parlament über Facebook. Und die Amerikaner schalten uns am Ende noch den Strom ab, liebe Angsthasen.

Dreifache Mutter mit Flair für Tanz ...

Nationalratswahlen: Nadine Gautschi

... titelte das Regionaljournal Basel von Radio SRF im Vorfeld der Grossratswahlen 2016 auf seiner Website. Damals war Nadine Gautschi Assistentin der Direktion Ballettschule Theater Basel und mitverantwortlich für den Aufbau der Berufsausbildung Bühnentanz mit Lehrabschluss EFZ.

Das Flair fürs Tanzen ist zwar geblieben, doch an ihrer neuen Arbeitsstelle in der Abteilung Services des Justiz- und Sicherheitsdepartements von Baschi Dürr übt sie höchstens noch den Tanz auf dem hohen Seil. Denn just aus ihrem Bereich kam der Vorschlag zur Beschaffung von Tesla-Patrouillenfahrzeuge. Doch da war sie noch nicht dabei.

Die 47-jährige Nadine Gautschi ist in Mutterz aufgewachsen und hat dort alle Schulen durchlaufen und mit der Matur abgeschlossen. An der Uni Basel absolvierte sie anschliessend ein Studium der Wirtschaftswissenschaften, das sie 1999 mit einem Lizentiat rer.pol. abschloss. Um auf den Tanz zurückzukommen: Noch während ihrer Studienzeit tingelte sie mit einer Musical-Truppe als Sängerin und Tänzerin durch die USA. Nach ihrer Heirat mit Christian Gautschi, der als Anwalt bei der UBS tätig ist, lebte sie drei Jahre in London, wo ihre Kinder Oscar und Louis zur Welt kamen. Eine weitere Auslandserfahrung gab's mit einem zweijährigen Aufenthalt in Singapur, wo sich mit der Geburt von Carla die Familie Gautschi komplettierte.

Nadine Gautschi

1972, verheiratet, 3 Kinder (11, 15, 17)
Ökonomin

Assistentin Bereichsleitung Services Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt

«Hier zu haben:
Innovation durch Bildung.»

- Vizepräsidentin FDP BS seit 2016
- Präsidentin FDP Frauen BS seit 2017
- Kirchenrätin RKK seit 2018

www.nadinegautschi.ch

Vor und während den Auslandsaufenthalten der Familie Gautschi arbeitete Nadine als Associate bei Ernst & Young, als Deputy Head Sharholders Services bei Syngenta und schliesslich als Leiterin Rechnungswesen/Controlling beim WBZ in Reinach. Während ihrer Tätigkeit beim Theater Basel sass Nadine Gautschi zudem noch als Vertreterin der Basler FDP im Verwaltungsrat der BVB, ein Mandat, das anfänglich einem 20-Prozent-Job gleichkam. Als sie sich weigerte, die «Wessels-St.Louis-Million» mitzutragen und man den BVB-VR «entpolitisierte», wurde sie einfach nicht mehr ins Gremium wiedergewählt...

Mit ihrer Kandidatur für die kommenden Nationalratswahlen will Nadine Gautschi zusammen mit Dominique Martin zeigen, dass die Frauen in der FDP ein gewichtiges Wort mitreden. Als Präsidentin der FDP Frauen ist sie dazu natürlich prädestiniert, gleich wie auch als Vizepräsidentin der Basler FDP. Die Liberalen. Daneben ist sie noch im Vorstand des FDP-Quartiervereins Grossbasel-Ost tätig, und in der Römisch-Katholischen Kirche Basel bekleidet sie das Amt einer Kirchenrätin.

Nadine Gautschi ist der Meinung, dass die Nationalratswahlen vom kommenden Herbst der Partei eine weitere Möglichkeit bieten, sich positiv zu präsentieren. Seit den Grossratswahlen vor drei Jahren wurde ein neues Parteiprogramm erarbeitet, in dem die liberalen Prinzipien wie Freiheit, Selbstverantwortung und Offenheit gegenüber den Entwicklungen der Zukunft vermehrt zum Tragen kommen. Besonders engagieren will sich Nadine Gautschi für die Themen Digitalisierung, Bildung und Verkehr. Bei der Digitalisierung gilt es, die Chancen der Zukunft richtig zu nutzen, bei der Bildung die hohe Qualität und Zugänglichkeit zu fördern und im Verkehr die Region vor einem Kollaps zu bewahren.

Um den vor vier Jahren verlorenen Sitz von Daniel Stolz zurückzuerobern, gilt es vor allem die



Nadine Gautschi

neue Dynamik innerhalb der Partei in Wählerstimmen umzusetzen. Ein Festhalten am vermeintlich Bewährten würde wohl wieder zu jenem Ergebnis führen, das letztmals den Sitzverlust brachte. Nadine Gautschi will dies aber anders und setzt sich in den kommenden Monaten voll und ganz dafür ein, dass die Basler FDP mit dem Resultat der Nationalratswahlen 2019 zufrieden sein kann.

Max Pusterla, alt Grossrat

Titus Hell ist neuer Präsident

Jungfreisinnige Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich sehr, dass ich die Möglichkeit bekommen habe, mich in der heutigen Ausgabe des «Freisinn» kurz vorzustellen.

Mein Name ist Titus Hell, ich bin 24 Jahre alt, studiere Rechtswissenschaften an der Universität Basel und bin seit Januar 2019 der Präsident der Jungfreisinnigen Basel-Stadt (abk. JFBS).

Zu den Jungfreisinnigen bin ich im Jahr 2016 gekommen. Mein ehemaliger Klassenkamerad Nicolaj Kugler war damals Vorstandsmitglied und hat mich, auf meine Anfrage hin, mitgenommen.

In den knapp drei Jahren, in welchen ich im Freisinn aktiv bin, wurde ich 2017 in den Vorstand der JFBS gewählt und bin seit Januar 2019 deren Präsident. Auf nationaler Ebene bin ich einer der Teilnehmer am Förderprogramm der Jungfreisinnigen Schweiz. Seit dem 11. April 2019 bin ich neu auch noch im Vorstand der FDP. Die Liberalen Basel-Stadt.

Bei den JFBS steht dieses Jahr viel an. Im Januar 2019 haben wir unseren Vorstand erneuert. Wir möchten erreichen, dass die JFBS gegen aussen stärker wahrgenommen werden, und arbeiten daran, unsere internen Strukturen möglichst unbürokratisch und speditiv zu gestalten. Wir tun dies anhand einer klaren Schwerpunktsetzung, z. B. zugunsten unserer Initiative für ein Schulfach Politik, und haben bisher einen äusserst positiven Output.

Wie sie vielleicht wissen, haben wir eine kantonale Initiative für ein Schulfach Politik lanciert, welche auch vom Grossen Rat breit unterstützt wird.

Die Schweiz ist, was das politische System anbelangt, weltweit eine Ausnahme; wir leben in einer halbdirekten Demokratie und sind daher wohl die «radikalsten Demokraten» der Welt. Die politische Bildung in der Schule sollte der Schülerschaft diese Regeln und Möglichkeiten unseres Systems näherbringen. Wir fordern in unserer Initiative deshalb ein obligatorisches Schulfach «Politik», dass jeder Schüler und jede Schülerin in der obligatorischen Schulzeit während mindestens einem Jahr eine Lektion pro Woche besucht. Dies soll selbstverständlich politisch neutral geschehen. Am 20. März 2019 wurde unsere Initiative «JA zu

einem Fach Politik» endlich im Grossen Rat besprochen. Die Initiative wurde rege diskutiert, und zu unserer Freude waren die meisten Grossrätinnen und Grossräte der Ansicht, dass die politische Bildung verstärkt werden müsse. Bei der Abstimmung hat eine breite Mehrheit des Grossen Rates unsere Initiative und den Gegenvorschlag zur Annahme empfohlen. Der Stichentscheid ist zugunsten unserer Initiative ausgefallen. Wir freuen uns ausserordentlich über die Empfehlung des Grossen Rates und sehen dem bevorstehenden Abstimmungskampf äusserst positiv entgegen. Der Abstimmungstermin steht noch nicht fest, jedoch findet dieser höchstwahrscheinlich gegen Ende 2019 statt, und wir hoffen natürlich, dass auch die Freisinnigen unsere Initiative grosszügig unterstützen werden.

Die liberalste Jungpartei der Stadt sucht dich!

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt sind immer auf der Suche nach jungen, engagierten Personen, die sich zusammen mit gleichaltrigen für eine freiere, liberalere Welt einsetzen möchten. Falls du interessiert bist, würden wir uns sehr über deine Kontaktaufnahme via Website (www.jfbs.ch) oder per Mail an unseren Präsidenten Titus Hell (titus.hell@jfbs.ch) freuen.



Titus Hell

Ich hoffe, dass Sie durch diesen kurzen Text eine kleine Übersicht über meine Person und unsere Arbeit bei den JFBS erhalten haben. Bei Fragen zu mir oder unserer Arbeit dürfen Sie sich sehr gerne jederzeit bei uns melden.

Liberale Grüsse

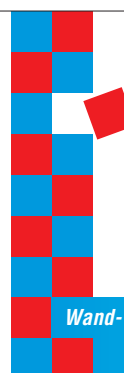
Titus Hell
Präsident Jungfreisinnige Basel-Stadt

Anzeige

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30
Fax 061 641 21 67
soderbau@bluewin.ch



Lergemüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54
Fax 061 641 21 67
lergenmueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken



6. 9. 2019: Jubiläumsfest

125 Jahre FDP Basel-Stadt

Parteipräsident Luca Urgese führte im Anzug aus der Gründerzeit durch den letzten Parteitag. Dominique Martin, unsere Kassiererin, präsentierte den erfolgreichen Jahresabschluss 2018 ebenfalls in einem Kleid aus der Zeit vor 125 Jahren.

Kommen Sie mit Ihrer Partnerin, Ihrem Partner und Ihren Kindern am Freitag, dem 6. September 2019, zum Jubiläumsfest «125 Jahre FDP Basel-Stadt». Unter dem Zelt im Garten des Parkrestaurants Lange Erlen trifft sich die «FDP-Gemeinde» ab 16 Uhr zum ungezwungenen, geselligen Beisammensein. Für Interessierte gibt es eine Gratisführung im Tierpark. Es hat einen tollen Spielplatz und für die Kleinen eine betreute Kinderecke. Auf lange Reden müssen Sie sich nicht einstellen, denn die werden kurz und witzig sein. Feine Getränke und Gluschtiges vom Grill gibt es zu fairen Preisen. Zudem werden unsere fünf Kandidierenden für den Nationalrat im Einsatz sein, genauso wie weitere Exponenten der Partei. Tragen Sie jetzt schon den Freitag, den 6. September 2019, im Kalender ein. Die offizielle Einladung erfolgt im Mai. Wir freuen uns auf einen gemütlichen, unkomplizierten Festabend mit Ihnen.

Der Vorstand FDP BS

Abstimmungen vom 19. Mai 2019

Kantonale Parolen der FDP Basel-Stadt

- **JA** zum Grossratsbeschluss vom 17. Oktober 2018 betreffend Ratschlag Ozeanium und die entsprechenden baurechtlichen Anpassungen
- **NEIN** zum Grossratsbeschluss vom 9. Januar 2019 betreffend Neubau Naturhistorisches Museum Basel und Staatsarchiv Basel-Stadt und die entsprechenden baurechtlichen Anpassungen
- **NEIN** zur kantonalen Initiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel»
- **NEIN** zur kantonalen Initiative «Mittelstand entlasten – Krankenkassenprämien von den Steuern abziehen! (Krankenkassen-Initiative)»
- **JA** zum Grossratsbeschluss vom 14. November 2018 betreffend Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG)

AGENDA

27. Mai 2019

GV FDP Kleinbasel

4. Juni 2019

Wahlkampfschulung

15. August 2019

Grill am Rhein

6. September 2019

Jubiläumsfest

11. September 2019

Gellert-Talk

21. Oktober 2019

Parteitag

Details siehe: www.fdp-bs.ch



Digitaler Wahlkampf

Mit modernen Instrumenten Menschen erreichen

Immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf den digitalen Kanälen. Als fortschrittliche Partei wollen wir diese Chancen nutzen und investieren darum in digitale Instrumente. Eines davon halten Sie in den Händen: Ab sofort können Sie den «Freisinn» nicht nur lesen, sondern erleben.

Wir wollen bei den Menschen als liberale und fortschrittliche Kraft spürbar sein. Wir wollen sie dort erreichen, wo sie sich bewegen. Dabei werden neue Kanäle und moderne Instrumente immer wichtiger, denn immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf neuen Wegen. Sie ersetzen klassische Wahlkampfmittel nicht, sondern ergänzen sie. Als Partei des Fortschritts ist es für uns klar, dass wir diese Chancen nutzen wollen.

Hautürwahlkampf ist erfolgreich

So etwa unser digital gestützter Tür-zu-Tür-Wahlkampf (der «Freisinn» berichtete). In einigen Gemeinden in Zürich, Baselland und Luzern gingen unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer von Haustür zu Haustür und wurden dabei von digitalen Instrumenten und Analysen unterstützt. Dieses neue Instrument verbindet den persönlichen Kontakt mit den neuen digitalen Möglichkeiten und ist vielversprechend angelaufen: Auswertungen von gfs.bern zeigen, dass ein um 0,5 Prozentpunkte höherer Wähleranteil erzielt werden konnte. Was auf den ersten Blick nach wenig klingt, ist in Wirklichkeit sehr viel, denn in der stabilen Schweiz können solche Verschiebungen grössere Veränderungen nach sich ziehen. Auf Antrieb einen solchen Effekt zu erzielen, ist also beachtlich. Jetzt werden wir die Massnahme noch verbessern und auf die ganze Schweiz ausweiten.

Den Freisinn nicht nur lesen, sondern erleben

Ein anderes digitales Instrument halten Sie soeben in den Händen! Den «Freisinn» wird es auch in Zukunft noch in Papierform geben, aber wir reichern ihn digital an. Laden Sie gleich die App «XTEND» auf Ihr Smartphone, und entdecken Sie den «Freisinn» ganz neu – auf dieser Seite finden Sie zum Beispiel unser 360-Grad-Video zur Vision! Die sogenannte «Augmented Reality» bietet eine einmalige Schnittstelle zwischen klassischen Mitteln und neuen Technologien. Das Lesen wird zum Erlebnis. Wir werden nicht nur den «Freisinn» mit solchen Elementen anreichern, sondern beispielsweise auch

Unterstützen Sie uns, und folgen Sie uns hier:

-  Facebook: @fdp.dieliberalen
-  Twitter: @FDP_Liberalen
-  Instagram: @fdp_plr
-  Youtube: FDP Schweiz
-  LinkedIn: FDP.Die Liberalen Schweiz

Plakate aufhängen, welche die Menschen durch ihr Smartphone ganz neu erleben können.



Des Weiteren hat die FDP Schweiz einen Messestand angeschafft, welcher von den Kantonal- und Ortsparteien für Anlässe gebucht werden kann. Dort haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, unsere Petra Gössi auf dem Buochserhorn zu besuchen – nämlich mit einer «Virtual Reality»-Brille. Mit diesem Messestand können wir Menschen die Möglichkeiten neuer Technologien direkt und vor Ort vorführen.

Folgen Sie uns auf den digitalen Kanälen


Wenn Sie die sozialen Netzwerke nutzen, haben Sie uns sicher schon auf Twitter, Facebook, Instagram, LinkedIn oder Youtube gefunden. Auf diesen neuen Kanälen erreichen wir mehr Menschen und können uns mit ihnen austauschen. Seit längerer Zeit übertragen wir zudem alle wichtigen Veranstaltungen live auf den sozialen Medien. Folgen Sie uns auf Facebook und den anderen Kanälen, und helfen Sie uns zu mobilisieren!

Marcel Dobler, Nationalrat SG

So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!

Unsere Bilder sind jetzt mehr als Bilder – lassen Sie sie lebendig werden!



- 1** Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.
- 2** Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».
- 3** Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

Jetzt erst recht!

Gemeinsam die Chancen der Zukunft packen

Die letzten kantonalen Wahlen lassen aufhorchen. Die bürgerlichen Parteien haben verloren, die Grünen gewonnen. Diesen Trend einfach auf die Klima- und Umweltpolitik zu schieben, wäre aber falsch. Die Menschen wollen Lösungen für die Probleme, die sie beschäftigen. Sie glauben an die Zukunft und wollen ernst genommen werden. Hier liegt die Chance der FDP – packen wir sie!

Seit den nationalen Wahlen 2015 ist die FDP im Aufwind. Wir sind die stärkste Kraft in den Kantonen und den Städten. Aber die letzten Wahlen in den Kantonen Zürich, Baselland, Luzern und im Tessin verliefen nicht so, wie wir uns das gewünscht haben. Während die Verluste schmerzen, konnten wir aber auch einen grossartigen Sieg ver-

buchen: Die glänzende Wahl von Fabian Peter in den Luzerner Regierungsrat – und das im ersten Wahlgang. Ein frischer Wind!

Mit Herz auftreten

Nichts desto trotz: Die Wahlen sind ein klarer Weckruf! Wir dürfen uns weder auf unseren Lor-

beeren ausruhen noch uns unterkriegen lassen! Wir müssen als zukunftsorientierte, fortschrittliche Kraft mit liberalen Ideen und Lösungen auf die Sorgen der Menschen antworten. Wir müssen unsere Mitglieder mobilisieren und flächendeckend auf der Strasse präsent sein. Wir müssen mit Herz bei den Menschen auftreten. So können wir trotz Gegenwind gewinnen.

Die Menschen wollen Fortschritt!

Die kantonalen Wahlen zeigen eindrücklich: Die Menschen wollen Fortschritt. Und sie wollen für die Probleme, die sie beschäftigen, Lösungen sehen. Das heisst aber nicht, dass sie sich radikale Veränderungen wünschen. Sie wollen ernst genommen werden. Das gilt nicht zuletzt für das Thema, das die Wählerinnen und Wähler zurzeit am meisten beschäftigt: Die Umwelt- und Klimapolitik. Die FDP hat sich dieses Themas angenommen. Mithilfe der Befragung all unserer 120 000 Mitglieder werden wir noch vor den Sommerferien eine Umweltpolitik präsentieren, die nicht einfach auf Verboten und Bevormundung basiert. Das Ziel sind breit abgestützte Rezepte für eine liberale Umwelt- und Klimapolitik als echte Alternative zur staatsverliebten Politik der Grünen. Wir wollen nicht zurück, wir wollen nach vorne – denn Umweltpolitik geht uns alle an.

Gemeinsam mobilisieren und weiterkommen – jetzt erst recht!

Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer Strategie auf dem richtigen Weg sind. Aber wir müssen unsere Anstrengungen weiter verstärken und einen erfrischenden Wahlkampf machen. Hierfür brauchen wir jede Einzelne und jeden Einzelnen von Ihnen. Denn jeder Einzelne kann auf seine Art, mit seinen eigenen Fähigkeiten etwas zum #TeamFDP beitragen. Sei es durch die Mithilfe beim Organisieren eines Anlasses, beim Verbreiten unserer Positionen auf den sozialen Medien oder beim Unterstützen der lokalen Tür-zu-Tür-Mannschaft durch einen selbstgebackenen Kuchen.

Wir zählen auf Sie! Gehen wir diesen Weg gemeinsam weiter, und tragen wir unsere liberale Vision nach aussen, dann wird uns das im Herbst zugutekommen! Jetzt erst recht!

Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen

Jetzt beim #TeamFDP anmelden!

Um Teil des #TeamFDP zu werden, können Sie sich anmelden unter

<https://www.teamfdp.ch/mitmachen>

oder das Bild mit der XTEND-App scannen.



Für die Wahlen im Herbst müssen wir zu den Leuten gehen und mobilisieren – es braucht jetzt alle!



«Der bilaterale Weg ist die Schweizer Lösung»

Hans Hess zum Rahmenabkommen

Für die Schweizer Wirtschaft ist das Rahmenabkommen von grosser Bedeutung. Hans Hess, Präsident des Industrieverbandes Swissmem, äussert sich im Interview über den Wert der Bilateralen, nötige Klärungen und den Mehrwert des Rahmenabkommens für die Bevölkerung.

Herr Hess, der Schweizer Wirtschaft geht es heute gut. Und morgen? Das hängt wesentlich davon ab, ob in der Schweiz die bisher guten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bestehen bleiben. Die Schweizer Unternehmen haben in der Vergangenheit stets die richtigen Antworten auf konjunkturelle Schwankungen oder technologische Herausforderungen gefunden. Das wird auch künftig so sein.

Die Rahmenbedingungen entscheiden jedoch darüber, ob die Unternehmen die jeweils notwendigen Massnahmen in der Schweiz umsetzen oder im Ausland. Letzteres gilt es zu verhindern. Und da ist die Politik gefordert.

Sie haben sich für das Rahmenabkommen starkgemacht. Warum? Mit dem bilateralen Weg hat die

Schweiz im Verhältnis zur EU die bestmögliche Lösung gefunden. Er wurde mehrmals vom Volk in Abstimmungen gestützt und ist weiterhin der einzig mehrheitsfähige Weg. Das institutionelle Abkommen eröffnet der Schweiz die Chance, diesen bilateralen Weg auf eine langfristig tragfähige Basis zu stellen und den privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern. Das war, ist und bleibt das Hauptziel. Zudem schafft es Rechtssicherheit, ermöglicht den Abschluss neuer Abkommen, bewahrt die schweizerische Souveränität und bringt einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus.

Wären diese Vorteile nicht auch ohne Rahmenabkommen zu haben? Die Frage ist hier: Was wären die Alternativen? Eine noch stärkere Integration mittels EWR- oder sogar EU-Beitritt kommt für mich nicht in Frage und wäre auch nicht mehrheitsfähig. Ohne institutionelles Abkommen wird sich der Marktzugang zum wichtigsten Absatzmarkt verschlechtern, weil die EU nicht mehr bereit ist, die bestehenden Marktzugangsabkommen zu aktualisieren. Mittelfristig drohen so die Wirtschaftsbeziehungen zur EU materiell auf das Niveau des veralteten Freihandelsabkommens von 1972 zurückzufallen. Auch das ist keine Option. Es ist deshalb unsere grosse Verantwortung, den erfolgreichen und massgeschneiderten bilateralen Weg für die Zukunft zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür braucht es das institutionelle Abkommen. Und zwar jetzt.

Sind Nachverhandlungen nötig? Die EU hat mehrmals betont, dass es keine Nachverhandlungen geben wird. Es braucht aber eine Handvoll Klärungen. Solche Klärungen sind laut EU-Kommission möglich. Aus meiner Sicht betrifft dies folgende Punkte: Erstens muss die EU zusichern, dass die Schweizer Lohnkontrollen der Sozialpartner nicht durch das EU-Entsenderecht und die Durchsetzungsrichtlinie beeinträchtigt werden. Zweitens muss sichergestellt werden, dass bei der Unionsbürgerrichtlinie maximal die Bestimmungen mit konkretem Bezug zum Arbeitsmarkt übernommen werden müssen. Und schliesslich soll bei den staatlichen Beihilfen die auch für Unternehmen wichtige Steuerhoheit der Kantone sowie der Schweiz nicht beschränkt werden.

Was hätte denn die breite Bevölkerung von einem Rahmenabkommen? Mit einem Ja zum Rahmenabkommen schüfe das Volk die Voraussetzungen dafür, dass die Schweiz ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Im Gegenzug erhielte das Volk Investitionen in den hiesigen Standort, sicherere Arbeitsplätze, Wohlstand und somit auch genügend Mittel für die Sozialwerke, Bildung, öffentliche Einrichtungen sowie die Bewahrung der Umwelt. Das Erfolgsmodell Schweiz fände seine Fortsetzung. So können wir gemeinsam weiterkommen.

Gemeinsam statt gegeneinander!

Die Schweiz glänzt heute durch gute Rahmenbedingungen, Offenheit für die Digitalisierung und Sozialwerke, die niemanden auf der Strecke lassen. Das ist nicht selbstverständlich. Denn mit radikaler Umverteilung und Rückwärtsgewandtheit gefährdet die Linke den Zusammenhalt in unserem Land.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen und kann unsere Gesellschaft in wichtigen Fragen, wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weiterbringen. Für die Linke dagegen ist sie primär eine Horrorvision. Gefordert wird u. a. ein «Recht auf eine analoge Welt» oder ein Recht auf Abschalten aller Kommunikationsgeräte nach Arbeitsschluss. Das ist nicht nur kaum umsetzbar und bevormundend, sondern auch kurzsichtig. Diese Rückwärtsgewandtheit gefährdet Arbeitsplätze und widerspricht den Bedürfnissen der Menschen: Denn unsere Gesellschaft ändert sich. Wir sollten auf diese neuen Realitäten eingehen und mehr Flexibilität ermöglichen – auch im Interesse des gesellschaftlichen Miteinanders.

Realitätsferner «Klassenkampf»

Gefährdet wird das «Miteinander» auch an anderer

Stelle. In Klassenkampfmanier haben die JUSO kürzlich ihre 99-Prozent-Initiative eingereicht. Sie wollen damit Kapitaleinkommen 1,5-mal so stark besteuern wie Arbeitseinkommen. Geht es nach der Linken, sind wohlhabende Personen und die Wirtschaft die Wurzel allen Übels und tragen nichts zur Allgemeinheit bei. Die Realität sieht anders aus: Die Schweiz ist das europäische Land mit der ausgewogensten Einkommensverteilung vor Steuern und Unterstützungszahlungen. Die Zahlen zeigen, dass der erarbeitete Wohlstand in der Schweiz allen zugutekommt.

Beitrag zum Zusammenhalt der Schweiz

Die 99-Prozent-Initiative verzerrt die Realität und dividiert eine sehr gut funktionierende Schweiz unnötig auseinander. Denn mit guten steuerlichen Standortbedingungen tragen wir dazu bei, dass in



Ruedi Noser

die Schweiz investiert wird und Arbeitsplätze entstehen. Ich leiste gerne meinen Beitrag, weil er dazu beiträgt, Erfolg zu ermöglichen, und meinen Kindern wieder Chancen gibt – damit wir gemeinsam weiterkommen. Ob bei der Besteuerung oder der Digitalisierung: Wir sollten unsere Stärken wahren und nicht damit anfangen, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Stärken wir das Unternehmertum

Wenn die Schweiz für die Menschen im Land Perspektiven ermöglichen will, dann müssen wir den Arbeitsplätzen und dem Unternehmertum Sorge tragen. Die Politik muss Raum lassen für unternehmerische Freiheit, Eigenverantwortung und Innovation.

Menschen brauchen Perspektiven: Das Gründen eines Unternehmens sollte einfach und attraktiv sein, denn Selbstständige bringen die Schweiz voran. Die Anerkennung der Selbstständigkeit ist leider oft viel zu schwierig – aufgrund der Bürokratie. Praxisgemeinschaften, Untermietverhältnisse oder Arbeitsgemeinschaften sind diese Kooperationen nur eingegangen, um Effizienzgewinne zu realisieren. Sie werden aber oft zu Unrecht als eigenständige wirtschaftliche Einheiten und damit als Mehrwertsteuerpflichtig eingestuft.

Start-ups stärken

Mit einem Vorstoss will ich die Selbstständigkeit vereinfachen und die Behördenwillkür einschränken: Wer als Selbsterwerbender AHV-anerkannt ist, ist als eigenständige wirtschaftliche Einheit (insbesondere bei der MWSt) zu behandeln. Und wer bei der AHV als selbstständig anerkannt wird, soll es auch bleiben können.

Auch meine Fraktionskollegen sind bestrebt, das Unternehmertum zu stärken: Ein Vorstoss von Ruedi Noser will Start-ups und Familienunternehmen bei Mitarbeiterbeteiligungen steuerlich entlasten und so die Innovationsförderung vorantreiben.

Und NR Regine Sauter fordert, dass Jungunternehmer selber entscheiden können, ob sie bei der Arbeitslosenversicherung versichert sein und somit Lohnbeiträge entrichten wollen oder nicht. Denn sie haben heute keinen unmittelbaren Anspruch auf ALV-Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Anstelle einer Versicherung wäre Start-ups eher gedient, wenn sie diese Mittel zielgerichtet ins Unternehmen investieren könnten.

Regulierungsflut bremsen

Ein zentrales Anliegen ist uns zudem die Bekämpfung der zunehmenden Menge an neuen Regulierungen. Die FDP Fraktion lancierte eine «Regulierungsbremse» nach dem Vorbild der bewährten



Daniela Schneeberger

Schuldenbremse. Während das Parlament den Handlungsbedarf erkannt hat, ist der Bundesrat bei diesem wichtigen Thema viel zu zögerlich. Nur wenn es uns gelingt, den Unternehmerinnen und Unternehmern den Rücken zu stärken, bleiben wir als Land erfolgreich und können für die Menschen Perspektiven schaffen. Und nur wenn wir wirtschaftlich erfolgreich sind, haben wir auch die nötigen finanziellen Ressourcen, um drängende Probleme unserer Gesellschaft anzugehen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Ja zu gleich langen Spiessen für KMU

Ja zur AHV-Steuvorlage

Die AHV-Steuvorlage schafft die nicht mehr akzeptierte Sonderbesteuerung ab und sieht dabei Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Für den Schweizer Wirtschaftsstandort und insbesondere die KMU bietet die AHV-Steuvorlage ein grosses Plus.

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die Unternehmensbesteuerung international stark verändert. Zu den international nicht mehr akzeptierten Steuerpraktiken zählt die kantonale Sonderbesteuerung, von der bisher international tätige Statusgesellschaften profitieren. Ihr Gewinnsteuersatz ist im Vergleich zu anderen Unternehmen niedriger. Die AHV-Steuvorlage ermöglicht die Abschaffung dieser Sonderbesteuerung.

Diese Ausnahmeregelungen ganz ohne Begleitmassnahmen abzuschaffen, ist jedoch keine Option, weil das zu einem extremen Anstieg der Steuerlast führen würde. Die Folgen wären Abwanderung von wichtigen Steuerzahlern, weniger Aufträge für KMU und Verluste von Arbeitsplätzen – eine Ablehnung der AHV-Steuvorlage

schadet dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz massiv.

Ein Nein hätte erhebliche Auswirkungen

Ich höre oft die Aussage, «der Exodus wichtiger Beitragszahler in die Kassen der direkten Bundessteuer hätte keine erheblichen Auswirkungen auf das Schweizer Wirtschaftsgefüge». Das ist falsch.

«Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren.»

Heute machen die von diesen Unternehmen bezahlten Steuern fast 50 Prozent der Einnahmen aus der Gewinnbesteuerung aus. Das entspricht über 5 Milliarden Franken. Zusätzlich entrichten Statusgesellschaften weitere Milliarden in Form von Abgaben wie zum Beispiel der Mehrwert- und Liegenschaftssteuer, der Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Einkommenssteuern der Arbeitnehmenden. Es ist also entscheidend, diese grossen Steuerzahler in der Schweiz zu halten. Nur so können wir der gesamten Bevölkerung ein gutes Niveau von staatlichen Leistungen garantieren. Die Schweiz benötigt eine Steuerreform, welche trotz Abschaffung der Steuerprivilegien attraktiv für die internationalen Unternehmen bleibt.

Standortattraktivität mit der Steuvorlage erhalten

Die AHV-Steuvorlage schafft die Sonderbesteuerung ab und sieht Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Die Patentbox zum Beispiel fördert Forschung und Entwicklung, indem die Gewinne daraus ermässigt besteuert werden. Das Instrument ist international erprobt und breit akzeptiert. Damit die Schweiz im internationalen Wettbewerb fit bleibt, braucht sie gleich lange Spiesse wie ihre Konkurrenzstandorte.

Die AHV-Steuvorlage sieht noch weitere Abzüge bei Investitionen in Forschung und Entwicklung vor. Dies ist insbesondere für die innovativen KMU interessant, denn für sie ist ein starkes und internationales wirtschaftliches Umfeld unverzichtbar. Die sogenannten Statusgesellschaften sind wichtige Nachfrager ihrer Produkte und Dienstleistungen. Der Schweizer Wirtschaftsstandort und die KMU sind auf ein attraktives Steuersystem angewiesen, und genau dieses bietet die AHV-Steuvorlage.

Sagen Sie Ja zu einem starken Standort

Die Standortattraktivität mittels AHV-Steuvorlage zu erhalten, ist sehr wichtig und dringend. Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren, Arbeitsplätze schaffen und sich damit massgeblich an der Finanzierung unseres Staats beteiligen. Deshalb sagt die FDP klar Ja zur AHV-Steuvorlage und damit Ja zu einer Schweiz mit Zukunft.

Hans-Ulrich Bigler, Nationalrat ZH

Das Arbeitsrecht an die heutigen Bedürfnisse anpassen

Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice

Nach der Wirtschaftskommission des Nationalrats hat auch diejenige des Ständerats meiner parlamentarischen Initiative mit dem Titel «Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice» zugestimmt. Um Beruf und Familie besser in Einklang bringen zu können und die Pendlerströme zu reduzieren, soll die Gestaltungsfreiheit der Arbeitnehmenden im Homeoffice erhöht werden. Dafür soll der Spielraum bei der Einteilung ihrer Arbeitszeit erhöht werden.

Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter, aber unser Arbeitsrecht ist noch industriell geprägt. Zurzeit steht im Gesetz, dass die Arbeit an einem Tag innerhalb eines Zeitraums von 14 Stunden erbracht werden muss. Das heisst nicht, dass die Arbeitnehmenden an einem Tag während 14 Stunden beschäftigt werden dürfen. Das heisst nur, dass Arbeitnehmende, die ihre Arbeit z.B. um 7 Uhr aufgenommen haben, ab 21 Uhr nicht mehr arbeiten dürfen, und zwar unabhängig davon, wie viele Stunden sie zwischen 7 Uhr und 21 Uhr gearbeitet haben.

Arbeitsrecht an heutige Bedürfnisse anpassen

Die Realität sieht heute jedoch u.a. aufgrund der Digitalisierung für immer mehr Leute anders aus. In vielen Branchen findet bereits ein flexibler Umgang mit Homeoffice statt. Je nach Ausgestaltung befindet man sich aber, ohne es zu wissen, in einem juristischen Graubereich.

Die Initiative will die rechtlichen Grundlagen an

die heutige Zeit anpassen, auf die aktuellen Bedürfnisse eingehen und dieser unnötigen, veralteten Bürokratie den Riegel schieben. Neu soll es Müttern und Vätern, die beispielsweise um 7 Uhr ihre Kinder wecken und um 21 Uhr ins Bett bringen, erlaubt sein, vor und nach der Kinderbetreuung noch ein geschäftliches Mail zu schreiben, um sich zwischen 18 und 21 Uhr voll und ganz der Kinderbetreuung widmen zu können. Darum soll der Zeitraum der Arbeit von 14 Stunden auf 17 Stunden erweitert werden.

Es ist aber explizit nicht das Ziel, die wöchentliche Höchstarbeitszeit anzutasten. Die maximale Dauer der Arbeitszeit – wöchentlich 45 Stunden oder im Schnitt neun Stunden pro Tag – bleibt durch die Initiative unberührt. Zudem gilt auch weiterhin die individuell festgelegte Arbeitszeit, meist 42 Stunden pro Woche. Auch soll niemand dazu verpflichtet werden, 17 Stunden pro Tag zu arbeiten. Dies aus dem einfachen Grund, dass die



Thierry Burkart

gesetzlich festgelegte, tägliche Ruhezeit weiterhin mindestens 11 aufeinander folgende Stunden beträgt.

Es geht also schlicht um eine Modernisierung der regulatorischen Rahmenbedingungen, damit wir auch arbeitsrechtlich für das digitale Zeitalter bereit sind. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung voll ausnutzen und den Arbeitnehmenden ermöglichen, vom technologischen Fortschritt zu profitieren.

Thierry Burkart, Nationalrat AG

Arbeitsmarkt 2.0

Die Gesetzgebung muss angepasst werden

Die Welt ändert sich sehr schnell. Bisher krönte oft ein gut bezahltes Angestelltenverhältnis die Karriere, doch neu tendiert die Gesellschaft zu differenzierteren Arbeitsmodellen.

Diese Entwicklung hat viele Gründe: Viel mehr erwerbstätige Frauen, eine gleichberechtigte Aufgabenverteilung im Haushalt und die Digitalisierung waren Auslöser für viele neue Arbeitsmodelle.

Erwerbstätigkeit und Innovation fördern

Lange wurden Arbeitnehmende einfach gemäss Abhängigkeitsverhältnis in bestimmte Kategorien eingestuft (angestellt vs. selbstständig). Das ist inzwischen oft überholt: Das Arbeitsinstrument (z.B. Auto des Taxifahrers) ist häufig Eigentum des Arbeitnehmers, die Arbeitszeiten sind flexibler, und sogar die Arbeitsverhältnisse und Hierarchien sind nicht mehr so klar wie früher («Freelancer»).

Unsere Gesetzgebung muss somit angepasst werden. Die Gewerkschaften wollen die starren Arbeitsregeln für Angestellte auf alle Erwerbstätigen anwenden. Grosse Digitalunternehmen hingegen sehen eine Gelegenheit, die Arbeitskosten massiv zu reduzieren.

Die Antwort liegt, wie so oft, in der Mitte. Die FDP will die rechtlichen Bestimmungen anpassen, um sicherzustellen, dass alle einen genügenden und wirksamen sozialen Schutz haben. Dadurch werden auch Wettbewerbsverzerrungen vermieden und neue Angebote ermöglicht.

Konkret fordert die FDP die Prüfung eines Zwischenstatus – jenen des unabhängigen Arbeitneh-



Philippe Nantermod

mers. Ein solcher profitiert von einem vereinfachten Regime. Er hat gewisse Sozialversicherungspflichten, kann aber solchen entgehen, die für seinen Status nicht relevant sind. Unser Ziel: die Erwerbstätigkeit und die Innovation fördern – ohne aber das Arbeitsrecht zu unterwandern.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Visionen gehören in eine nachhaltige Unternehmenskultur

Als freisinnige Unternehmerin engagiere ich mich aus wirtschaftlicher, aber auch aus persönlicher Überzeugung für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt. Ich begrüsse es sehr, dass die FDP das Thema stärker in den Vordergrund rückt.

Wer als KMU seit fast 100 Jahren auf dem Markt besteht, kommt nicht um eine nachhaltige Unternehmenskultur herum. Diese umfasst nicht nur den sorgsamsten Umgang mit Mitarbeitenden, sondern auch mit den verwendeten Materialien und der Umwelt, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Bereits in dritter Generation führen wir als Partner die Fröhlich Info AG in Zollikon. Die grafische Branche musste sich bereits in den 90er-Jahren stark mit der emissionsfreien Produktion auseinandersetzen: Silber in den Filmen und umweltbelastende Farben, das konnte nicht sein. Wir entschlossen uns als Jungunternehmer, diese Problematik anzugehen und Lösungen zur Beseitigung von Umweltsünden zu erarbeiten. Dies hatten wir innert kurzer Zeit geschafft und sind seither immer drangeblieben. Bereits in den 80er-Jahren begeisterte von der Solarenergie, gehörte eine Solaranlage

zu unseren ersten grossen Investitionen. Seit 1999 produzieren wir Solarstrom, inzwischen den Jahresbedarf von zehn Haushalten. Und wir fahren Elektromobile. Seit jeher haben wir bewusst auf Innovation und Nachhaltigkeit gesetzt, mit Erfolg.

Kluge Anreize setzen

Gerade aus Unternehmenssicht ist Umweltpolitik auch Wirtschaftspolitik. Dafür braucht es aber mehr als nur Eigeninitiative. Es braucht die richtigen Anreize, die Innovationen und eine besonders effiziente Produktion fördern. Dann entsteht automatisch eine nachhaltigere Wirtschaft. Und als Grundvoraussetzung für diese Nachhaltigkeit sollen in der Schule Umweltthemen noch stärker gewichtet werden.

Von der Politik erwarte ich insbesondere, dass sie Anreize für eine umweltschonende Wirtschaft



Claudia Eberle-Fröhlich und Ehemann Heinz mit der Solaranlage auf dem Dach der Fröhlich Info AG in Zollikon.

ermöglicht. Eine staatliche Überregulierung mit unnötigen Gesetzen, Kontrollen und Vorschriften ist zu vermeiden.

Claudia Eberle-Fröhlich
Unternehmerin und FDP-Mitglied

Nur gemeinsam kommen wir weiter

In dieser Ausgabe beleuchten wir im Fokus Wirtschaftspolitik verschiedene Aspekte. Aber was haben das Rahmenabkommen, «Home Office» und umweltbewusste Unternehmer miteinander zu tun? Zum Abschluss des Themenschwerpunktes erläutere ich Ihnen den Zusammenhang hinter diesen verschiedenen Themen.

Die Schweiz ist ein Unternehmerland: Weit über 600 000 Unternehmen sind hier zu Hause – 99 Prozent davon sind KMU. Sie sind das Rückgrat für den Erfolg und Wohlstand in der Schweiz. Wir müssen uns bewusst sein: Wir alle sind die Gesellschaft. Und wir alle sind die Wirtschaft. Um gemeinsam weiterzukommen, müssen wir alle etwas geben, erhalten aber auch etwas zurück.

Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Wir Unternehmer brauchen optimale Rahmenbedingungen, um konkurrenzfähig zu bleiben und unsere Arbeitsplätze halten zu können. Dafür ist es zentral, den bilateralen Weg zu sichern und weiterzuentwickeln, wie Hans Hess deutlich gemacht hat. Gleichzeitig braucht es wirksame innenpolitische Massnahmen, worauf Hans-Ulrich Bigler, Daniela Schneeberger und Ruedi Noser eingehen. Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen, die Bürokratie

zurückbinden und dafür sorgen, dass Unternehmensgründungen einfach und attraktiv bleiben.

Moderne Arbeitsbedingungen für die Menschen

Zugleich dürfen wir als Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur Forderungen stellen, sondern stehen auch selber in der Pflicht: Wir haben unseren Angestellten faire und moderne Arbeitsbedingungen zu bieten. Dazu gehört, über neue Arbeitsmodelle nachzudenken und Hand zu bieten für eine möglichst flexible Ausgestaltung der Arbeitszeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt nicht nur im Interesse der arbeitenden Mütter und Väter, sondern letztlich auch in unserem. Auch hier braucht es Verbesserungen, wie Philippe Nantermod und Thierry Burkart aufzeigen.

Gemeinsam anpacken

Damit komme ich zur Umweltpolitik, die Wirt-



Hansjörg Brunner

schafts- und Gesellschaftspolitik zusammenbringt. Mit Claudia Eberle-Fröhlich steht eine Unternehmerin stellvertretend für viele Freisinnige, die sowohl in ihrem Betrieb als auch privat Innovation und Nachhaltigkeit leben. Denn nur eine gesunde Wirtschaft hat die Kraft und Innovationsfähigkeit, gemeinsam mit der Gesellschaft die Herausforderungen im Bereich Klima und Umwelt anzupacken – damit wir gemeinsam weiterkommen!

Hansjörg Brunner
Nationalrat TG

«Darum bin ich freisinnig»

Viele Leute haben sich in den letzten Wochen und Monaten entschlossen, Mitglied der FDP zu werden. In einer Serie bringen wir Ihnen einige dieser Menschen näher und wollen wissen, was sie dazu bewegt hat. Den Anfang macht Arber Marniku von der FDP Oberentfelden.

Ich bin Schweizer mit einem kosovarischen Namen, Arber Marniku. Warum ich das erwähne? Woher denn mein Name stamme, ist meist die erste

Frage, die man mir stellt. Dabei gäbe es spannende Dinge über mich zu erfahren.

Ich bin auch selbstständiger Unternehmer, Mit-



Was passiert hier? Scannen Sie das Bild mit der XTEND-App und erfahren Sie mehr!

gründer eines Buchclubs zu Persönlichkeitsentwicklung und seit neuestem Parteimitglied der FDP Oberentfelden.

Ob im linken oder im rechten Lager, ich stimme mit jedem überein, der die Schweiz, ihre Bevölkerung und unsere Mitmenschen rund um den Globus weiterbringt. Extreme sind diesbezüglich kontraproduktiv.

Der Auslöser dafür, der FDP beizutreten, war die Entscheidung, mich selbstständig zu machen. Man muss als Unternehmer zuhören und wissen, was die Bedürfnisse der Menschen sind. Man muss Entscheidungen treffen. Und man muss sich eine eigene Meinung bilden können. Und genau das ist bei der FDP wichtig: Bei der FDP steht der Mensch im Zentrum und keine Ideologie. Man ist frei, sich in allem eine eigene Meinung zu bilden. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung werden bei der FDP grossgeschrieben. Das schätze ich.

«Leben, das ist das Allerseltenste in der Welt – die meisten Menschen existieren nur.» (Oscar Wilde) Dieses Zitat von Oscar Wilde reflektiert stark die Ziele, die ich mit der FDP erreichen will. Nur zu existieren, hat etwas mit Routine zu tun. Und Routine ist nicht nur langweilig, sondern auch schädlich in einer sich schnell wandelnden Welt wie unserer. Wirklich leben bedeutet Neues lernen, Offenheit zu zeigen und nach Fortschritt zu streben.

Arber Marniku, FDP-Mitglied seit Februar 2019

FDP Schweiz

Neumitgliederaktion – Helfen Sie mit!

Die Neumitgliedergewinnung und -pflege ist eine absolute Notwendigkeit, um die Partei auf lange Sicht am Leben zu erhalten. Dies lässt sich mit einfachen Mitteln institutionalisieren. Helfen Sie mit – denn so können wir sicherstellen, dass wir zusammen erfolgreich die Wahlen bestreiten können.

Als Mitglied des Vorstands der FDP Schweiz leite ich das «Mitglieder-Ressort», die für die Betreuung der Beitragszahler unserer Partei, für das Angebot effektiver Kommunikationsplattformen und für die Suche nach neuen Mitgliedern zuständig ist.

Flyer für Neumitglieder

Ende Mai erhält jedes Mitglied per Post Neumitglieder-Flyer. Nehmen Sie diese mit an Anlässe, damit Sie auch im persönlichen Gespräch Mitglieder anwerben können. Nachschub erhalten Sie unter info@fdp.ch. Potenzielle Mitglieder finden sich vor allem auch im persönlichen Umfeld. Suchen Sie im Verwandten- und Bekanntenkreis nach politinteressierten Personen, und laden Sie diese an eine Veranstaltung ein. Das ist der erste Schritt zu

einer Parteimitgliedschaft. Gerade, um Personen besser kennen zu lernen und herauszufinden, ob sie sich für eine Funktion, eine Kandidatur oder ein anderes Engagement interessieren, ist der persönliche Kontakt unumgänglich.

Videos sind willkommen

Ebenso sind immer mehr Menschen auf Social-Media-Kanälen unterwegs. Nutzen Sie diese Kanäle, um die Leute über die Aktivitäten der FDP zu informieren. Dies wird bei interessierten Personen garantiert wahrgenommen.

Auch wir werden von unserer Seite mit kurzen Videobotschaften auf die Neumitgliederaktion aufmerksam machen. Laden Sie neue Mitglieder ein, mitzumachen mit einem kurzen Handyvideo.



Philippe Nantermod will mehr Neumitglieder.

Als eine moderne Partei für Jung und Alt liegt es uns am Herzen, dass die Bedürfnisse aller Altersklassen berücksichtigt werden – wir bieten spannende Plattformen vom Mentoring-Programm bis hin zur FDP 60plus. Packen wir dies also gemeinsam an – danke für Ihren Einsatz! Je grösser die Mobilisierung, desto besser das Wahlergebnis im Herbst!

Philippe Nantermod, Nationalrat FDP VS

Von Tür zu Tür – Erwartungen übertroffen

Gemeinsam weiterkommen.

Es wurde viel geschrieben über den Haustür-Wahlkampf der FDP. Doch wie fühlt es sich eigentlich an, selber von Tür zu Tür zu gehen? Wie kommt das bei den Leuten an? Astrid Furrer teilt ihre Erfahrungen und gibt wichtige Tipps.

Besser kann es nicht gehen: Eben hat uns eine Frau gesagt, sie würde künftig gerne Infos unserer Ortspartei erhalten. Sie ist schon die dritte Person, die Sympathisantin werden möchte. Wir sind unterwegs in Wädenswil in einem Quartier, das laut Analysen von gfs und gemäss unseren Erfahrungen FDP-freundlich ist.

Im Vorfeld der Kantonsratswahlen vom März 2019 waren wir mit zwei Teams unterwegs. Ein Experiment für uns, mit dem Ziel, Erfahrungen zu sammeln. Die Neugier treibt uns an. Wie reagieren die Leute, wenn man an ihrer Tür läutet? Das Konzept ist bestechend, Big Data mit physischer Präsenz zu vereinen. Aktionen auf der Strasse, aber auch die Möglichkeiten von Social Media nutze ich in allen Wahlkämpfen. Was bringt deren Verbindung?

Das Eis ist schnell gebrochen

Zugegeben: Um von Tür zu Tür zu gehen, muss man sich aufraffen. Aber es ist wie Aufräumen; einmal gestartet, läuft es am Schnürchen. Ein gutes

Auftreten will geübt sein. Man ist in einem Zweier-team unterwegs. Der Sprecher sollte ein «Smalltalker» sein, aber nicht penetrant. Wenn man sich als Amtsträger vorstellen kann, hilft das ungemein. Ich begann das Gespräch also folgendermassen: «Grüezi, ich bin Astrid Furrer, Stadträtin und Kantonsrätin.» Et voilà, das Eis war gebrochen.

Die Qualität der Gespräche war sehr hoch, mehr als acht Kontakte pro Stunde sind daher kaum zu realisieren. «D2D» eröffnet die Chance, zu ausgewählten Themen Meinungen einzuholen, taugt für Ortsparteien zur Beziehungspflege und eignet sich gut für Umfragen. Erstaunt waren wir, dass wir nie «davongejagt» wurden. Da sind unsere Erfahrungen weit weg von denen unseres Kollegen vom Zürcher Kreis «Cheib», dem auch schon Bierflaschen nachgeworfen wurden.

Entspannte Gespräche

Die Kontakte gestalteten wir nicht als Interview, sondern als Gespräch. Die Daten gaben wir darum nicht, wie vorgesehen, während des Gesprächs in



Astrid Furrer unterwegs von Tür zu Tür.

die App des Mobiltelefons ein. Dies führte zu einer entspannten Atmosphäre. Wir machten uns hingegen Notizen und gaben die Ergebnisse danach über die Website von ecanvasser.com ein. Wer seine E-Mail-Adresse bekannt gab, unterschrieb den Fragebogen aus Datenschutzgründen.

Ideal erwies sich der Einsatz von 17 Uhr bis zum Eindunkeln um 19 Uhr. Im Sommer kann man gut eine Stunde später starten. Der Einsatz braucht Energie, mehr als zwei Stunden sind nicht zu empfehlen. Entgegen unseren Erwartungen waren viele bereits zu Hause. Widerlegt wurde auch die gängige Meinung, dass die Schweizer um 18 Uhr essen: Offenbar wird der Lebensstil südlicher, jedenfalls trafen wir niemanden an, den wir beim Essen störten. Benachbarte Ortsparteien machten auch gute Erfahrungen mit Nachmittagen und am Samstagmorgen.

Unsere Ortsgruppe wertet D2D als sehr positiv. Man lernt seine Gemeinde noch besser kennen, geht auch einmal in Quartiere, in denen man sonst nicht unterwegs ist. Unsere Erwartungen wurden weit übertroffen. Wir erwägen, auch ausserhalb von Wahljahren ein- bis zweimal im Jahr von Tür zu Tür zu gehen, um den Kontakt zur Wählerschaft zu stärken.

Astrid Furrer
Kantonsrätin und Stadträtin, Wädenswil ZH



Scannen Sie dieses Bild mit der XTEND-App, und sehen Sie unser Door2Door-Video.



Leserbriefe

Wir wollen wissen, was Sie bewegt!

Ihre Meinung interessiert uns. Schreiben Sie uns, was sie bewegt. Die besten Zuschriften werden in unserer neuen Rubrik «Standpunkte» im «Freisinn» abgedruckt.

Hinweise für Leserbrief-Schreibende

- Kurze, prägnante Texte haben grössere Chancen, publiziert zu werden. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz wird keine geführt.
- Bitte schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail und geben Sie uns Name, Adresse und Telefonnummer an, damit wir den Beitrag publizieren können. Unsere Adresse: schoy@fdp.ch.
- Briefe, die sich auf einen Artikel im «Freisinn» oder einen Blogbeitrag auf unserer Website beziehen, müssen dessen Titel und Erscheinungsdatum enthalten.

Starker FDP Klimathemenauftakt zu den Wahlen 2019

Endlich begreifen wir von der FDP, dass das Thema Umweltpolitik aus freisinnig-liberaler Sicht bewirtschaftet werden muss. Es darf nicht aus Opportunismus im Wahljahr 2019 belegt werden. Glaubwürdigkeit bedeutet nicht nur darüber zu reden, sondern zu liefern. Die Klimademonstrationen in den Schweizer Städten sind ein beeindruckend organisierter Auftakt zu den kantonalen und eidgenössischen Wahlen. Es zeigt, wie derzeit grüne Parteipersonlichkeiten eng mit den Initianten der Klimakampagne zusammenarbeiten und ihr Know-how unterstützend einsetzen. Die Koordination geschieht europaweit. Wir können von den professionellen Marketing- und Kommunikationsaktivitäten dieser Kreise nur lernen und besser werden.

Die FDP hat in der Umweltpolitik viel geleistet, besonders auch im Kanton Zürich. Nur wurden die Botschaft und der Leistungsausweis nicht der Öffentlichkeit verkauft. Es waren nach der Waldsterbedebatte 1984 in der Schweiz junge, umweltbewusste, engagierte und gebildete Kreise, die sich zusammenschlossen, grüne Parteien gründeten und mit wahrnehmungstarken Aktionen in Öffentlich-

keit und Medien auftraten. In Deutschland stossen die Grünen durch die Decke und schicken die Traditionspartei SPD in den Abgrund. Die letzten Wahlen in der Stadt Zürich mit dem Kantersieg links-grüner Parteien sind ein bestätigendes Signal. Eine gesunde Umwelt ist Teil eines ausgeprägten gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnisses geworden. Nur, wenn Marktkräfte und die technologische Entwicklung bei der Ausarbeitung wirksamer, umweltrelevanter Vorschriften mitberücksichtigt werden, ist Fortschritt möglich. Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen. Ökonomie und Ökologie schliessen sich nicht aus. Sie bedingen sich gegenseitig und sichern die Existenzgrundlage von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt, Arbeitsplätzen, Wachstum und Wohlstand.

Weil die bürgerlichen Parteien in den 80er-Jahren nicht weitsichtig genug waren und das Thema nicht bewirtschafteten, überliessen sie das Feld akademisch ausgebildeten, engagierten, rot-grünen Wende- und Gesinnungspolitikern. Diese nutzten die Wirksamkeit von fokussierten Einthemenparteien. Es braucht weniger links-grüne Ideologien, sondern mehr engagiertes Grün in allen bürgerlichen Parteien als Ausdruck einer nachhaltigen und umfassenden Verantwortung für unsere Umwelt. Wohlstand wird ohne intakte Umwelt nicht zu sichern sein. Das sind alle politischen Parteien den kommenden Generationen schuldig: Ihnen eine Welt zu hinterlassen, in der es sich leben lässt.

Roger E. Schärer, ehemaliges Vorstandsmitglied FDP Bezirkspartei Meilen, Feldmeilen

«Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen.»

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden, und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Änderung der EU-Waffenrichtlinie

AGENDA

4. Mai

Delegiertenversammlung in Flawil, St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

20. Oktober

Eidgenössische Parlamentswahlen

Öffentliches Fachreferat zur Sicherheit

Einladung

Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a.D.,
ehem. Chef des Schweizer
Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz, spricht
zum Thema



Die aktuelle sicherheitspolitische
Lage der Schweiz

Donnerstag 16. Mai 2019 in Zürich

Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Donnerstag 3. Oktober 2019 in Bern

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06

www.fairer-kompromiss.ch



Zwei Pluspunkte
für unser Land.

«Good Deal» or «No Deal»?
Gemeinsam weiterkommen.

Ein Plus für den Werk- und Forschungsplatz
+ Abschaffung der bisherigen Steuerprivilegien
+ dringend notwendige Rechts- und Investitionssicherheit
+ faires Steuersystem mit gleich langen Spiessen für KMU
+ pro Jahr 1 Mrd. Franken mehr für Kantone und Gemeinden
+ Investition in attraktive Rahmenbedingungen für den Standort Schweiz

Ein Plus für die AHV
+ Zusatzfinanzierung von 2 Milliarden Franken pro Jahr
+ Beitrag zur unausweichlichen Sicherung der AHV-Renten
+ günstige Lösung für Privathaushalte und Unternehmen
+ kein Ausbau des Sozialstaats

JA zur AHV-
Steuervorlage!



29. JUNI 2019
IN ZÜRICH

Save the Date

3. Internationales Liberales Symposium

der FDP International in Zusammenarbeit mit
ALDE - NZZ - Avenir Suisse

Alle Infos unter:
www.symposium-liberal.ch



FDP
Die Liberalen



Save the Date

Tag der FDP 2019

Gemeinsam weiterkommen.

31. August 2019
Schachenhalle Aarau

www.fdp.ch

